



Podium. Wilhelm Schmid, Cornelia Weber, Ursula Nusser und Abdel-Hakim Ourghi (v.l.) beim Salmengespräch am Offenburger Freiheitstag.

Fotos: Siefke

Die Grenzen der Religionsfreiheit

Beim Salmengespräch am 12. September stand in diesem Jahr Artikel 3 der Offenburger Forderungen im Mittelpunkt

Religionsfreiheit sollte dann nicht gewährt werden, wenn die Religionsfreiheit in Frage gestellt wird: Auf diesen mit viel Beifall bedachten Nenner hat der freie Philosoph Wilhelm Schmid die Debatte im Rahmen des diesjährigen Salmengesprächs gebracht. Welche Konsequenzen diese Überzeugung mit sich bringt, blieb jedoch unausgesprochen.

„Ein Abend reicht nicht aus“, erklärte denn auch Kulturchefin Carmen Lötsch nach zwei Stunden lebhaftem Austausch. Immerhin habe dadurch die Diskussion in der Stadt neue Impulse erhalten. Damit sei das Ziel der Veranstaltung erreicht, bei der das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Kirche, zwischen Gläubigen und Staat, zwischen persönlichem Glauben und Loyalität zur Verfassung genauer unter die Lupe genommen werden sollte, wie OB Edith Schreiner eingangs betonte.

Über 200 Interessierte folgten gespannt den Beiträgen der Podiumsgäste, souverän moderiert von der SWR-Redakteurin Ursula Nusser. Dass jeder Mensch glaube, unterstrich Schmid: „Atheisten glaub-



Begrüßung. OB Edith Schreiner führte am Dienstagabend ins Thema ein.

ben, dass sie nicht an Gott glauben“ – darauf könne man sich doch verständigen. Während die Oberkirchenrätin der evangelischen Landeskirche in Baden, Cornelia Weber, immer wieder auf die Dialogbereitschaft verwies und die Chance, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, war dem Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi wichtig zu betonen, dass Religion eine private Angelegenheit sei. Der Religionspädagoge an der PH Freiburg vertritt einen liberalen und modernen Islam, mit dem er im Salmen zumindest bei einem

Islam-Konvertiten auf vom Podium sicher parierten Widerspruch stieß. Das Kopftuch-Tragen als „historisches Produkt der männlichen Dominanz“ zu werten, die Burka gar als „mobiles Gefängnis“ – an die Mehrheitsfähigkeit dieser Positionen innerhalb des Islams glaubt Schmid allerdings erst in 150 Jahren.

Braucht die Demokratie die Religion als Fundament? Schmid vertrat zum einen die Auffassung, dass Demokratie vor allem Individuen benötige, die für diese Regierungsform einstehen, betonte aber auch,

dass Religionen „anspruchsvolle Ethiken“ hervorbringen; für Weber ist der Aspekt einer Verantwortung für das Allgemeinwohl religiös motiviert. Ourghi hingegen stellte klar: „Mit der politischen Religion verträgt sich Demokratie nicht.“

Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass es die eine Wahrheit nicht gebe, dass aus der Vielfalt ein gegenseitiger Gewinn zu ziehen sei: „Im Himmel ist genug Platz.“ Wobei es auch darum gehen müsse, über Konflikte zu reden. Ourghi: „Wir müssen die Bereitschaft zeigen, von anderen zu lernen.“ Dass die Mitbegründerin der liberalen Moschee in Berlin, Seyran Ates, unter Polizeischutz steht, ist für Ourghi ein Unding: „So etwas darf bei uns in Deutschland nicht passieren.“

Schließlich wurde der Bogen zur historischen Ausgangslage des Salmengesprächs gespannt. Die Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten erinnerten an den Kampf um Deutungshoheit zwischen Katholiken und Protestanten im 19. Jahrhundert. Ein Kampf, der in manchen Regionen Deutschlands bis heute ausgefochten werde, so Schmid, der aus Bayern stammt.